

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

17. WP - 29. Sitzung

Europaausschuss

17. WP - 18. Sitzung

Bildungsausschuss

17. WP - 16. Sitzung

am Donnerstag, dem 30. September 2010, 10 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Peter Sönnichsen (CDU) Vorsitzender
Johannes Callsen (CDU)
Astrid Damerow (CDU)
Tobias Koch (CDU)
Hans Hinrich Neve (CDU)
Birgit Herdejürgen (SPD)
Olaf Schulze (SPD)
Jürgen Weber (SPD)
Oliver Kumbartzky (FDP)
Katharina Loedige (FDP)
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ulrich Schippels (DIE LINKE)
Lars Harms (SSW)

Anwesende Abgeordnete des Europausschusses

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vorsitzender
Hauke Göttisch (CDU)
Niclas Herbst (CDU)
Markus Matthießen (CDU)
Heiner Rickers (CDU)
Rolf Fischer (SPD)
Birte Pauls (SPD)
Jens-Uwe Dankert (FDP)
Kirstin Funke (FDP)
Björn Thoroë (DIE LINKE)
Anke Spoorendonk (SSW)

Anwesende Abgeordnete des Bildungsausschusses

Susanne Herold (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Daniel Günther (CDU)

Hans Müller (SPD)

Martin Habersaat (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Cornelia Conrad (FDP)

Kirstin Funke (FDP)

Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Björn Thoroé (DIE LINKE)

i. V. von Ellen Streitbürger

Anke Spoorendonk (SSW)

Weitere Abgeordnete

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Carsten-Peter Brodersen (FDP)

Fehlende Abgeordnete

Marion Herdan (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Anette Langner (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012 und Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012	5
Gesetzentwürfe der Landesregierung Drucksachen 17/740 und 17/741	
Einzelplan 07 - Ministerium für Bildung und Kultur	
Antworten der Landesregierung auf die Fragen der	
CDU-Fraktion	Umdruck 17/1202
SPD-Fraktion	Umdruck 17/1203
FDP-Fraktion	Umdruck 17/1204
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Umdruck 17/1205
Fraktion DIE LINKE	Umdruck 17/1206
SSW-Fraktion	Umdruck 17/1207
2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Spielbankgesetzes	12
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/793	
3. Verschiedenes	13

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Abg. Sönnichsen, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit der Ausschüsse fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012 und
Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012**

Gesetzentwürfe der Landesregierung
Drucksachen 17/740 und 17/741

(überwiesen am 8. September 2010)

Antworten der Landesregierung auf die Fragen der	
CDU-Fraktion	Umdruck 17/1202
SPD-Fraktion	Umdruck 17/1203
FDP-Fraktion	Umdruck 17/1204
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Umdruck 17/1205
Fraktion DIE LINKE	Umdruck 17/1206
SSW-Fraktion	Umdruck 17/1207

Einzelplan 07 - Ministerium für Bildung und Kultur

hierzu: Umdruck 17/1267

M Dr. Klug führt unter Hinweis auf die statistische Vorlage (Umdruck 17/1267) in Einzelplan 07 ein (siehe Anlage). Auf Fragen der Abg. Erdmann und Heinold erwidert er, in Sachen Kita-Finanzierung und landeseinheitliche Sozialstaffel sei man mit den kommunalen Landesverbänden im Gespräch. Er sei optimistisch, dass man die Ziele erreichen und mit den Kommunen zu einer guten und tragfähigen Vereinbarung kommen werde. Er gehe davon aus, dass die Kommunen ihre Verantwortung im Bereich frühkindlicher Bildung in vollem Umfang wahrnehmen. Mit der Aufstockung des Landeszuschusses um 10 Millionen € beziehungsweise 17 % solle die Einhaltung der vom Land vorgegebenen Qualitätsstandards (Personalschlüs-

sel, Gruppengröße) für die Zukunft sichergestellt werden. Wie sich die Höhe des Landeszuschusses ab 2013 weiterentwickeln, liege in der Entscheidung des zukünftigen Haushaltsgesetzgebers.

RL Dr. Hempel teilt ergänzend mit, zum Thema Sozialstaffel habe man eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Zurzeit werde das vom Ministerium entwickelte Modell von den Kreisen auf seine finanzielle Umsetzbarkeit hin durchgerechnet. Zu den zusätzlichen Landesmitteln in Höhe von 10 Millionen € zur Qualitätssicherung könne man sich eine FAG-Änderung vorstellen.

St Zirkmann macht darauf aufmerksam, nach den bisherigen Berechnungen werde kein Kreis und keine kreisfreie Stadt durch das neue Finanzierungssystem weniger Mittel als bisher erhalten.

Fragen der Abg. Weber und Spoorendonk zur Kulturförderung beantwortet M Dr. Klug dahin, zum Kulturentwicklungsplan werde man ab November den Dialog mit den Akteuren aus dem Kulturbereich und den Kommunen zur Frage aufnehmen, wie Strukturen im Kulturbereich arbeitsteilig zwischen Land und Kommunen vor dem Hintergrund der Einsparnotwendigkeiten finanziell gesichert werden könnten. Man führe fortlaufend Gespräche mit den drei großen Bühnen des Landes unter Einbeziehung der Eutiner Sommerfestspiele. Mit dem Bund seien generell keine Abstimmungen erfolgt.

Auf eine Frage von Abg. Heinold zu weiteren Einsparungen im Budget für Zuschüsse und Zuwendungen entgegnet er, eine Fortschreibung der Einsparquoten bis 2020 würde zu dramatischen Konsequenzen führen. Um diese abzuwehren, müssten der Bereich Bildung und Kultur politischer Schwerpunkt sein und ab 2013 Ausgabeverschiebungen im Gesamthaushalt zulasten anderer Ressorts vorgenommen werden. Sonst sei zum Beispiel die verfassungsrechtlich gebotene ausreichende Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft in den kommenden Jahren nicht mehr möglich. Zu den geplanten Personaleinsparungen hingegen werde das Bildungsministerium wesentlich beitragen, weil der Rückgang der Schülerzahlen in den nächsten Jahren einen Abbau von Lehrerstellen ermögliche, ohne die Unterrichtsversorgung zu verschlechtern.

AL Bieler-Seelhoff weist darauf hin, dass das Ministerium seit Mai insbesondere mit den Zuwendungsempfängern, die institutionell gefördert würden, Gespräche über die Auswirkungen der Haushaltskürzungen und Gegenmaßnahmen führe.

Auf eine Frage von Abg. Erdmann macht M Dr. Klug noch einmal deutlich, die moderate Einsparung von jeweils 300 Lehrerstellen halte er vor dem Hintergrund der Schülerzahlentwicklung und anderer Faktoren, wie zum Beispiel der neuen Pflichtstundenregelung, für vertretbar, weil diese Lösung den Schulen Luft zum Atmen lasse und mit keinen Einschnitten in die Qualität der Unterrichtsversorgung verbunden sei. Dem gerade vorgelegten Bericht zur Unterrichtsversorgung sei zu entnehmen, dass sich die Kennziffern für die Lehrerrzuweisung und die Unterrichtsversorgung (Schüler-Lehrer-Relation) deutlich verbessert hätten. Gegenüber 2005 habe sich die Zahl der Lehrerstellen um 1.300 erhöht, die Zahl der Schülerinnen und Schüler sei um 15.000 zurückgegangen. Man werde die Unterrichtsversorgung auch in den kommenden Jahren auf einem hohen Niveau halten können, denn man müsse den vorgesehenen Personalabbau in Relation zum Ausmaß des Rückgangs der Schülerzahlen sehen.

Auf weitere Fragen der Abg. Heinold, Spoorendonk und Pauls erwidert er, man habe vor, die im Doppelhaushalt für das Landeskulturzentrum Salzau noch eingestellten Mittel so weit wie möglich zugunsten anderer Kultureinrichtungen umzuschichten. Es sei üblich, im Rahmen der Nachschiebeliste weitere Nachjustierungen vorzunehmen. Das Bildungsministerium plane keine Änderungen bei der Bezuschussung der dänischen Schulen, zu denen eine deutsch-dänische Arbeitsgruppe eingesetzt worden sei. Man gehe davon aus, dass im Rahmen der bereitgestellten Haushaltsmittel die Verpflichtungen aus internationalen Abmachungen und Verträgen erfüllt würden.

Kapitel 07 10 - Allgemeine Bewilligungen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung

Auf eine Frage von Abg. Habersaat entgegnet M Dr. Klug, Schleswig-Holstein habe keine Handhabe, für die Beschulung von Heimkindern aus anderen Bundesländern - außer Hamburg, mit dem man über ein neues Gastschulabkommen für den gegenseitigen Schulbesuch verhandele - Ausgleichszahlungen zu erwirken.

Abg. Strehlau bittet das Bildungsministerium, die im Bildungsausschuss mehrfach aufgeworfene Frage zu prüfen, für die Beschulung schleswig-holsteinischer Schülerinnen und Schüler an Hamburger Schulen durch eine Änderung des Schulgesetzes die Wohnsitzgemeinden finanziell heranzuziehen.

Die Abg. Spoorendonk und Harms bitten das Bildungsministerium, die Kriterien zur Berechnung der öffentlichen Schülerkostensätze anhand einer Auflistung der Sachkosten und Perso-

nalkosten der öffentlichen Schulen für die Jahre 2008, 2009 und 2010 noch einmal schriftlich zu erläutern.

AL Dr. Pabst erläutert das Verfahren der Ermittlung der Schülerkostenbeiträge unter Hinweis auf Tabelle 6 der statistischen Vorlage und die einschlägigen schulgesetzlichen Bestimmungen. Grundlage für die Berechnung sei jeweils das Vorvorjahr.

Auf Fragen der Abg. Thoroé und Heinold zum Wegfall der Zuweisungen an die Kreise als anteilige Kompensation für Schülerbeförderungskosten entgegnet AL Dr. Pabst, die rechtliche Prüfung des Bildungsministeriums habe ergeben, dass der Wegfall das Konnexitätsprinzip nicht berühre. - M Dr. Klug sagt zu, den Ausschüssen zu der Frage der Streichung der Zuweisungen für die Schülerbeförderung und der Vereinbarung mit den kommunalen Landesverbänden eine schriftliche Stellungnahme zuzuleiten.

Auf eine Frage von Abg. Erdmann zum Ganztags schulbereich erwidert der Minister, die Zahl der gebundenen Ganztagschulen habe sich in dieser Wahlperiode von 24 auf 33 erhöht. Die ursprünglich angestrebte Zielzahl habe nicht erreicht werden können, weil einige Interessenten im Laufe der Entscheidungsprozesse vor Ort abgesprungen seien, insbesondere wegen mangelnder Zustimmung in der Elternschaft zum Übergang auf eine gebundene Ganztagschule. Für die Realisierung des bereits im letzten Doppelhaushalt ausgebrachten kw-Vermerks von 50 Stellen im Jahr 2015 sehe er keine Probleme.

Kapitel 07 40 - Kulturförderung

Auf eine Frage von Abg. Fischer zur Kürzung bei internationalen Kulturmaßnahmen legt M Dr. Klug dar, der Landeszuschuss für JazzBaltica falle weg. Das Land könne es sich angesichts der Haushaltslage nicht leisten, ein Festival mit rund 20 € pro Besucher zu subventionieren, sondern müsse Schwerpunkte im Kulturhaushalt setzen, und man habe die Musikschulförderung schonend behandelt.

AL Bieler-Seelhoff ergänzt, man werde die knappen Haushaltsmittel bündeln und auch weiter bewährte Projekte der Ostseekooperation (zum Beispiel FolkBaltica) und andere Initiativen, insbesondere mit Dänemark, unterstützen.

Auf eine Frage von Abg. Herdejürgen erwidert M Dr. Klug, die Minderheiten und Grenzverbände würden weiter zwar in reduziertem, aber nach wie vor nennenswertem Umfang geför-

dert. Die Zuwendungen an den Verband Landwirtschaftlicher Vereine in Südschleswig für kulturelle Zwecke halte man für verzichtbar.

Abg. Dr. Höppner und Müller möchten wissen, welche Maßnahmen aus dem Investitionsprogramm Kulturelles Erbe finanziert werden sollten.

M Dr. Klug sagt zu, die Planungen des Ministeriums im Bildungsausschuss vorzustellen, wenn die Finanzierungsüberlegungen abgeschlossen seien.

Auf Fragen der Abg. Thoroë und Heinold erwidert St Zirkmann die Maßnahme am Marineehrenmal in Laboe seien erfolgreich abgeschlossen; man gehe davon aus, dass 2011 und 2012 für dieses Ehrenmal keine weiteren Haushaltsmittel ausgegeben würden. Er sagt zu, die Ausschüsse schriftlich darüber zu unterrichten, inwieweit die bereits vom letzten Haushaltsgesetzgeber ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen in Anspruch genommen und gebunden seien.

Abg. Schippels kritisiert, dass Einzelplan 07 als Steinbruch für die Haushaltssanierung erhalten müsse und dem Land durch die Einstellung der Förderung für JazzBaltica Einnahmefeffekte verloren gingen.

M Dr. Klug wiederholt seine Auffassung, es sei möglich, JazzBaltica ohne öffentliche Mittel mit Unterstützung von Sponsoren und anderen Förderern aus dem Privatbereich sowie höheren Eintrittspreisen weiterzuführen.

Abg. Harms bittet das Ministerium zu erläutern, wie es zu den überproportionalen Kürzungen für die dänische Zentralbibliothek, das Nordfriesische Institut und die Kulturarbeit der friesischen Volksgruppe gekommen sei.

M Dr. Klug begründet die Kürzungen mit der allgemeinen Vorgabe, die Haushaltsansätze für Zuwendungen und Zuschüsse um 15 % reduzieren zu müssen. Man habe die notwendige Reduzierung der Ausgaben allerdings nicht nach der Rasenmähermethode umgesetzt, sondern im Einzelfall Ausnahmen vorgenommen, zum Beispiel bei der Finanzierung der Musikschulen oder der Gedenkstättenarbeit. Zur Höhe der institutionellen Förderung des Nordfriesischen Vereins und der Friisk Forining werde man schriftlich Stellung nehmen.

Abg. Spoorendonk fragt die Landesregierung, mit welchen Organisationen und Institutionen im Kulturbereich sie zu den Veränderungen im Haushalt Gespräche mit welchem Ergebnis geführt habe (insbesondere Volkshochschulen, Bildungsstätten, Bereich Niederdeutsch).

AL Bieler-Seelhoff äußert, mit allen institutionellen Zuwendungsempfängern führe das Ministerium seit Monaten Gespräche. Kürzungen nach der Rasenmähermethode lehne man ab, weil sie für alle Einrichtungen, zum Beispiel die Bildungsstätten, existenzgefährdend seien. Selbstverständlich seien die der Haushaltskonsolidierung geschuldeten Einschnitte schmerzhaft und führten zu spürbaren Auswirkungen bei den Einrichtungen.

Abg. Spoorendonk kritisiert, dass die Minderheitenpolitik offensichtlich nicht zu den Schwerpunkten des Bildungsministeriums gehöre und das Bildungsministerium gewillt sei, seine Haushaltssanierung auf Kosten des dänischen Steuerzahlers durchzuführen.

M Dr. Klug weist diese Bewertung zurück. Die Haushaltskonsolidierung führe zu schmerzhaften Einschnitten für Zuwendungsempfänger und Institutionen, die im Kulturbereich eine große Bedeutung hätten. Es sei nicht möglich, alle noch so wichtigen Aufgabenbereiche zu Schwerpunktbereichen zu erklären; man habe leider nur eine überschaubare Zahl von Haushaltspositionen von den allgemeinen Kürzungsaufgaben ausnehmen können.

Kapitel 07 02 - Kirchenangelegenheiten

Eine Frage von Abg. Heinold beantwortet St Zirkmann dahin, man werde die Verhandlungen zum Kirchenstaatsvertrag im Laufe des nächsten Monats mit der Kirche aufnehmen und wolle sie rechtzeitig vor Ende der Wahlperiode zu einem erfolgreichen Abschluss bringen.

Kapitel 07 05 - Erwachsenenbildung

St Zirkmann antwortet auf Fragen von Abg. Thoro, wie sich die vorgenommenen Kürzungen konkret auf die Arbeit der Heimvolkshochschulen und Bildungsstätten auswirkten, könne man nicht vorhersagen.

Auf Fragen der Abg. Strehlau und Harms antwortet AL Bieler-Seelhoff, die Bildungsstätten bemühten sich verstärkt um EU-Fördermittel; möglicherweise stünden vereinzelt auch Fördermittel des Bundes zur Verfügung. Entscheidend seien strukturelle Veränderungen, da ein gleichmäßiges Umlegen auf alle Bildungsstätten nicht zu verkraften sei. Ob es bei der Heimvolkshochschule Jaruplund tatsächlich zu der geplanten Modernisierungsmaßnahme komme, wisse man noch nicht.

Kapitel 07 13 - Realschulen und Regionalschulen

Auf eine Frage von Abg. Thoroer bestätigt M Dr. Klug, wie in den letzten Jahren üblich dürfe das Bildungsministerium in bestimmtem Umfang Mittel für reguläre Lehrerstellen für die Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte in Ausbildung verwenden und damit flexibel auf Bedarfe reagieren. Auf bis zu 350 Lehrerstellen könnten maximal 700 Lehrkräfte in Ausbildung geführt werden.

Kapitel 07 17 - Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen in Schleswig-Holstein

Auf Fragen von Abg. Erdmann teilt M Dr. Klug mit, über neue Formen der Evaluierung von Schulen unter Rückgriff auf Erfahrungen von EVIT werde man den Bildungsausschuss unterrichten. Die Kosten für die Anmietung von Räumlichkeiten für die Durchführung von Ausbildungsmodulen würden nach der von der rot-grünen Landesregierung beschlossenen Auflösung der Regionalseminare nicht weniger. Die Frage von Abg. Thoroer zur Auswirkung der Kürzungen für das Präventionsbüro PETZE, mit dem man in der Erzieher- und Lehrerausbildung gut zusammenarbeite, werde er schriftlich beantworten.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Spielbankgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/793

(überwiesen am 10. September 2010 an den **Finanzausschuss** und an den Innen- und Rechtsausschuss)

Der Finanzausschuss greift das am Vortag gefasste Votum des an der Beratung beteiligten Innen- und Rechtsausschusses auf und empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der LINKEN und des SSW, den Gesetzentwurf mit folgender Ergänzung anzunehmen: In § 1 Abs. 3 werden die Worte „Lübeck-Travemünde“ durch das Wort „Lübeck“ ersetzt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Die Vorsitzende des Bildungsausschusses bittet die Fraktionen, zur bevorstehenden **Anhörung des Schulgesetzes** bis zur nächsten Sitzung am 4. November 2010 Anzuhörende zu benennen.

- b) Abg. Heinold bittet die Landesregierung darum, zur Frage, wie die **Aufgaben der Innovationsstiftung** in Zukunft wahrgenommen werden sollen, vor der am 23. September 2010 vereinbarten gemeinsamen Sitzung von Wirtschafts- und Finanzausschuss keine unumkehrbaren Vorfestlegungen und Zusagen gegenüber Dritten zu treffen.

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, schließt die Sitzung um 12:45 Uhr.

gez. Peter Sönnichsen

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer